AUTONOME L.U.P.U.S.-GRUPPE

VerKOHLte Leichen oder der anständige Rassismus

Nachdem sich in den vorangegangenen Artikeln Mitglieder der Redaktion mit dem Berliner Theaterstück ,,Rassismus hat nichts mit Politik zu tun. Politiker waschen sich die Hände rein" beschäftigt haben, kommen nun die Störer zu Wort.

Die *links* dokumentiert im folgenden die Stellungnahme der Frankfurter Autonomen-Gruppe l.u.p.u.s.

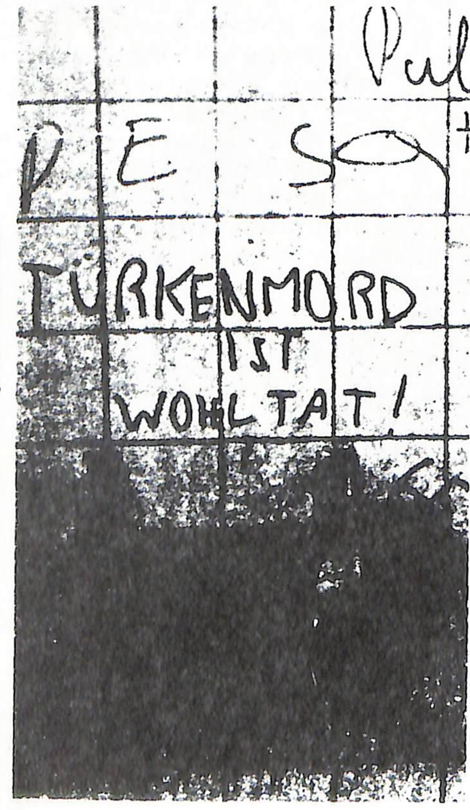


Photo: ,,... weil wir Türken sind", Express-Redaktion.

Am Samstag, den 22.11.92 bekamen wir über das anti-rassistische Notruftelefon die Nachricht, daß in Berlin-Friedrichshain in der Nacht auf Samstag ein Mann von Neonazis erstochen wurde. Zwei weitere wurden lebensgefährlich verletzt. Bis Sonntag Abend herrschte Nachrichtensperre. Am Montag, den 23.11.92 erfuhren wir aus der Zeitung, daß am 14.11.92 zwei Neonazis einen 53jährigen Mann zusammengeschlagen und verbrannt haben, weil er für sie ein Jude war. Nachrichtensperre. Jetzt kann man ja die Leiche — fast unbemerkt — dazulegen. Am Montag, den 23.11.91 zeigt das Fernsehen die Bilder von zwei abgebrannten Wohnhäusern in Mölln, in denen türkische Familien lebten. 3 Menschen wurden bei diesem rassistischen Brand- und Mordanschlag verbrannt. 'Heil Hitler'. In der ,Monitor'-Sendung vom selben Abend berichten taubstumme Kinder, eine Frau im Rollstuhl, eine spastisch-gelähmte Frau, ein Mann, dessen Bein amputiert war, daß sie in den letzten Wochen beschimpft, gedemütigt und geschlagen wurden, weil sie noch leben. 'Unter Hitler wär' sowas längst vergast worden'. Der Mann, dessen Bein amputiert war, nahm sich einige Wochen nach diesem Ereignis — selbst — das Leben.

Ralf Giordano erklärt am selben Tag, daß jüdische Menschen hier nicht mehr sicher leben können, daß diese Regierung für Rassismus und Antisemitismus (mit-)verantwortlich ist. Vor laufender Kamera erklärt er, daß jüdische Menschen nicht länger Opfer sein werden. Sie seien bereit, ihren Schutz selbst zu organisieren — wenn es sein müßte, bewaffnet. Ralf Giordano ist kein Autonomer.

Die Ankündigungen, daß sich die potentiellen Opfer rassistischer Angriffe zur Wehr setzen werden, wenn nötig bewaffnet, die Ankündigungen, daß sie es satt haben, Objekt bürgerlicher Bestürzung und tiefen Entsetzens zu sein, rief sofort einen taz-Kommentar auf den Plan. Als hätte der Kommentator zum ersten mal von einem rassistischen Brand-und-Mord-Anschlag gehört, spricht er sich selbst und seiner Leserschaft das erste Gebot ,,einer zivilen Gesellschaft" vor: die Gewährleistung der ,,körperlichen Integrität ihrer MitgliederInnen, sonst verliert sie ihre Legitimität" (Jürgen Gottschlich, taz v. 24.11.92). Statt die Tatsache endlich zur Kenntnis zu nehmen, daß das 'anständige Deutschland' nicht die potentiellen Opfer rassistischer Gewalt schützen kann, weil es voll damit beschäftigt ist, das Ansehen Deutschlands zu schützen und zu bewahren, beschwört er die unendliche Geschichte von der Gewaltspirale. ,,Gewalt provoziert Gegengewalt". Statt sich in dieser Situation, bewaffnet oder nicht, den wenigen Ansätzen von Gegenwehr und Selbstorganisierung anzuschließen, ruft er zuallererst nach Entwaffnung:

,,Wer verhindern will, daß Selbstbehauptung in diesem Land zukünftig bewaffnet vor sich geht, sollte sich jetzt überlegen, wie aktive Nachbarschaftshilfe organisiert werden kann." Jetzt. Auf einmal.

Viel länger und geübter macht sich hingegen die 'liberale, kritische Öffentlichkeit' von SPD bis Grünen, von FR bis taz, Gedanken darüber, wie sie das staatliche Gewaltmonopol schützen kann.

Während oben Weizsäcker von der Menschenwürde sprach, und unten die Polizei auf 'Autonome' einprügelte — als wollte die Polizei jedem Mißverständnis zuvorkommen — wußte das 'andere' Deutschland tags darauf sofort, wer ihr wahrer Feind ist. Nicht den Heuchlern von oben galt ihre erbitterte Kritik, sondern den 'autonomen Gewalttätern', die die Galaveranstaltung des anständigen Deutschlands am 9.11.92 in Berlin störten.

Ziehen wir uns den ein wenig zu großen Stiefel an: Wir Autonome haben — was viel zu selten vorkommt — ganz konkret den Zusammenhang von völkischem Rassismus (von unten) und institutionellem Rassismus (von oben) (an-)greifbar gemacht, haben mit äußerst bescheidenen Mitteln die Brand- und Mordspur von unten nach oben sichtbar gemacht. Wenn wir uns etwas vorzuwerfen haben, dann die Tatsache, daß Eier dafür äußerst unzureichende Mittel sind. Verharmlosungen, die unseren Möglichkeiten und nicht den realen Gewaltverhältnissen Rechnung tragen.

,,Der Traum ist aus...", titelt die taz am 10.11.92 und spielt bewußt das Lied der 'Ton, Steine und Scherben' an, um es im Völkischen ausklingen zu lassen. Welchen ,,Traum" meint eigentlich die taz, wenn sie am 9.11. spircht: Den Traum vom anständigen Deutschland, das kein oben und unten mehr kennt, kein links und rechts, kein arm und reich, sondern nur noch das 'eine' und/oder 'andere' Deutschland?!

,,Autonome stürzen die antirassistische Manifestation ins Chaos" untertitelt die taz ihren Reißer. ,,Steine auf den Bundespräsidenten" — Eier, die offensichtlich ihre Konsistenz im Flug oder im Kopf der BerichterstatterInnen ändern können. Man muß sich die Dreistigkeit mehrmals reinziehen. Eine antirassistische Manifestation mit Kohl, Diepgen, Weizsäcker, Engholm, Weiß u.s.w.! Was ist an der Ausweisung sowjetischer Jüdinnen und Juden, die in Deutschland bleiben wollten, antirassistisch?

Was ist an der Deportation von Roma und Sinti, im Rahmen des deutsch-rumänischen Abkommens antirassistisch?



Besetztes Haus, Weimar 1992 *Photo: Thomas Kunz*

Was ist an der geplanten 25 % Sozialhilfekürzung für Flüchtlinge antirassistisch? Was ist, verdammt nochmal, an der Ausweisung von KurdInnen in die Türkei antirassistisch? Muß man heute wirklich Autonome/r sein, um den tödlichen Zusammenhang zwischen Abschiebung von KurdInnen und Krieg gegen die kurdische Bevölkerung in der Türkei und im Irak zu erkennen? Ist es wirklich so schwer zu begreifen, daß eine 25 % Sozialhilfekürzung für Flüchtlinge signalisiert, wieviel weniger wert Flüchtlinge sind? Muß man Militante/r sein, um den mörderischen Zusammenhang zwischen den Pogromen gegen 'Zigeuner' in Rostock z.B. und dem deutsch-rumänischen Abkommen zu erkennen?

Ganz sicher: Es ist ein Unterschied, ob 'Zigeuner' hier diskriminiert und verfolgt werden, oder ob das in Rumänien von der faschistischen Bewegung ,,Vatra Romaniasca" z.B. erledigt wird. Es ist ein Unterschied, ob 'überflüssige Esser' hier totgeschlagen werden oder mittels Grundgesetzänderung erst gar nicht hierher kommen bzw. sofort wieder abgeschoben werden. Und es macht einen Unterschied, ob KurdInnen hier verfolgt werden, oder ob man das dem türkischen Regime, dem Bündnispartner überläßt.

Das eine schadet dem Ansehen Deutschlands, hemmt das Investitionsklima und beeinträchtigt die Wirtschaft, das andere dient ihr. Dieser kleine Unterschied trennt in der Tat völkischen vom wirtschaftlichen Rassismus. Der völkische Rassismus erkennt sich erst in der Vernichtung des 'anderen' selbst — dem institutionellen Rassismus genügt das Wissen, daß es passiert, daß es erledigt wird, je unspektakulärer und leiser, desto effektiver.

,,Wie schön hätte es sein können" (taz v. 10.11.92) — der nationale Volkskörper hätte sich um seine Häupter scharen können, friedlich, vereint, versöhnt. ,,Alleine die Tatsache, daß diese Demonstration stattfinden konnte, wäre schon ein Erfolg gewesen" (Erich Rathfelder, taz) — wenn es, wie gesagt, nicht die Autonomen gäbe, diese Fremdkörper, die alles vergiften... ,,Die Chance für ein breites Bündnis gegen Rechtsradikalismus ist vorerst vertan... Die Steinwürfe auf Weizsäcker und Kohl (...), die Pfiffe gegenüber anderen RednerInnen haben diese Hoffnung zerstört." (taz) Lassen wir uns einen wunderbaren Augenblick auf diese lächerliche Begründung ein: Stellen wir uns vor, die geballte Macht der Wirtschaft und der politischen Elite ließe sich tatsächlich mit ein paar 'Steinwürfen' und Pfiffen von irgendetwas abhalten. Das macht Hoffnung...

Was meint eigentlich die taz mit einem ,,breiten Bündnis gegen Rechtsradikalismus"?

Erinnert sich die taz dabei vielleicht an das Modell Mannheim-Schönau, wo der SPD-Ehrenbürgermeister Widder höchst persönlich seine lieben Schönauer BürgerInnen in Schutz nahm, die fünf Tage lang ungestört ein Flüchtlingsheim belagerten, während seine Polizei 'Stillschweigen' bewahrte und die überregionale 'freie' Presse durch Nachrichtensperre ihrem Namen alle Ehren machte. Eine SPD-geführte Stadtregierung, die eine antirassistische Demonstration in Mannheim zusammenknüppeln ließ und ihre 'Ausländerfreundlichkeit' mit einem generellen Demonstrationsverbot in Mannheim-Schönau krönte.

Meint die taz als möglichen Bündnispartner z.B. jene aus Wirtschaft und Politik, die die ,,Wunderwaffe" der Nazis, den ersten Abschuß der V2 auf England würdig und ausgelassen feiern wollten?

Politiker als Bündnispartner?

Meint die taz als Bündnispartner vielleicht die große Koalition in Rostock, wo rassistische AngreiferInnen unter Schirmherrschaft der Polizei und begeisterter (An-)teilnahme der Bevölkerung ein Flüchtlingsheim in Brand steckten, während ein paar Wochen später dieselbe Polizei eine Gruppe von französischen Jüdinnen und Juden zusammenschlug, festnahm und auswies, weil sie versucht hat, eine Mahntafel am Rostocker Rathaus anzubringen? Oder meint die taz das rot-grüne Bündnis in Frankfurt, wo im Rahmen kommunaler Hygienemaßnahmen (BAVIS = Bahnhof als Visitenkarte) die Taunusanlage und alles drum herum von Menschen 'gereinigt' wird, die im Herzen dieser glitzernden, keimfreien Bankenmetropole nichts zu suchen haben? Weil sie weder das richtige Einkommen und Aussehen, noch die richtige Kleidung und Herkunft haben — geschweige denn die richtige Droge konsumieren. Eine Politik, die weiß, was den gesunden Volkskörper angreift und versteht, mithilfe extra dafür eingerichteter 'Bürgertelefone', das gesunde Volksempfinden aktiv einzubinden.

Wir wissen — nicht erst seit dem 9.11. in Berlin —, daß für die liberale Öffentlichkeit nicht das Zusammenwirken und Ineinandergreifen von völkischem und wirtschaftlichem Rassismus eine Provokation darstellt, sondern seine Kenntlichmachung.

Die Auswertung und Kommentierung der Berliner Ereignisse stellt nur die systematische Verlängerung einer 'kritischen' Berichterstattung dar, die von Hoyerswerda über Mannheim-Schönau bis nach Rostock reicht. Jede militante, autonome Intervention wird zur Beschreibung von 'Geisterarmeen' aus einer vergangen geglaubten Zeit — die die heute staatstragende Ex-Linke so vortrefflich entsorgt und umgerüstet hat. Nur Fremdheit — gepaart mit Feindschaft prägt ihre Kommentierung.

Wir stören nur noch, heizen unnötig auf, tragen zur Eskalation bei — kurzum, verhindern den nationalen Gesundungsprozeß, das Bemühen um die Wiederherstellung der Normalität. Wir tragen zur Häßlichkeit bei, wo sie doch um das bessere, von 'Grund auf zivilisierte' Deutschland ringen.

In diesem Sinne rufen wir dazu auf, den Bundestag anläßlich der Grundgesetz'änderung' zu blockieren. Es geht uns dabei um zweierlei:

1. Zum ersten Mal in der Geschichte des Nachkriegsdeutschland soll aus Pogromen, völkischer Gesinnung und wirtschaftlichem Rassismus ein 'Gesetz' werden. Die Einkesselung des Bundestages (wir bitten dabei um die Beachtung des Hamburger Urteils ...) könnte kaum deutlicher machen, wo der rassistische Konsens seine legale Mitte hat.

2. Es geht um die Entsorgung und Tilgung einer historischen Verpflichtung, die der BRD bisher nicht jede Option imperialistischer Politik gewährte. ■